



Rundbrief 2 - 2021



Atomwaffen sind Wahnsinn!

INHALT

	Seite
Einführung	4
Weihnachtlicher Zwischenruf 2021	5
Aus dem Diözesanverband	
Dank an Albert Hohmann	9
Diözesanversammlung 2021	10
Neuwahl des Diözesanvorstands/Kontaktaten des Vorstands	11
Berichte von Aktivitäten	13
Atomwaffen sind Wahnsinn!	18
„Der atomare Todestrieb“	22
Spiritueller Impuls	25
Mehr Scheitern geht nicht: Afghanistan	27
Kapitalismus verstehen und überwinden. <i>Gemeinsames Projekt mit KAB und Ökumenischem Netz</i>	32
Theologische Reflexion	
Zur Fokussierung theologischer Reflexion – ein Gegenimpuls in Zeiten unternehmerischer Kirche(n)	34
Gewaltfrei wirkt	41
Termine	43
<i>Beilage zu diesem Rundbrief: SCHALOM.</i> Entwurf eines Positionspapiers von Pax Christi Trier, Oktober 2021	

IMPRESSUM



pax christi diözesanverband trier
RUNDBRIEF 2-2021 – November 2021

Redaktion: Diözesanvorstand, c/o Albert Ottenbreit
Riegelsberger Straße 25, 66113 Saarbrücken
Fon: 0681. 68 60 55 92 Mobil: 0160. 27 55 247
e-mail: albert.ottenbreit@web.de

Spenden-/Konto: pax christi dv trier
IBAN: DE 08 3706 0193 3002 9020 19 BIC: GENODED1PAX

Mehr Informationen: www.trier.paxchristi.de

Einführung

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde

Im 7. Kapitel im Buch des Propheten Jeremia heißt es:

Sprich zu ihnen: So spricht der HERR: Wo ist jemand, wenn er fällt, der nicht gern wieder aufstünde? Wo ist jemand, wenn er irregeht, der nicht gern wieder zurechtkäme? Warum will denn dies Volk zu Jerusalem irregehen für und für? Sie halten so fest am Trug, dass sie nicht umkehren wollen. Ich sehe und höre, dass sie nicht die Wahrheit reden. Es gibt niemand, dem seine Bosheit leid wäre und der spräche: Was hab ich doch getan! Sie laufen alle ihren Lauf wie ein Hengst, der in der Schlacht dahinstürmt. Der Storch unter dem Himmel weiß seine Zeit, Turteltaube, Schwalbe und Drossel halten die Zeit ein, in der sie wiederkommen sollen; aber mein Volk will das Recht des HERRN nicht wissen.

Mein Volk will das Recht des Herrn nicht wissen. Dieser mahnende aber zugleich verzweifelte und wütende Ruf des Propheten Jeremia aus dem 7. Jahrhundert vor Christus, trifft auch heute noch auf politisch Verantwortliche und das Volk, das in einer Demokratie ihnen das Vertrauen schenkt, zu. Und es ist ja nicht so, dass wir das Recht des Herrn nicht kennen. Im Völkerrecht und Verträgen dokumentiert sich, wonach Humanisten und Christen und Gläubige aller Religionen streben, nach Frieden, nach dem Recht auf ein erfülltes Leben, nach einer Welt ohne Massenvernichtung. Aber wir erleben: Konfliktlösung mit Macht und Gewalt. Zäune und Mauern zur Absicherung gegen Flüchtlinge und zur Erhaltung der ungerechten Verhältnisse. Mehr Waffen für mehr Frieden. Atomwaffen, die die Welt als Ganzes vernichten können. „Warum will denn dies Volk zu Jerusalem irregehen für und für? Sie halten so fest am Trug, dass sie nicht umkehren wollen.“

Treten wir, als Friedensbewegung, weiter ein für das Recht des Herrn, für eine Welt in der Gerechtigkeit herrscht, Frieden ohne Gewalt erreicht wird, in der alle Atomwaffen abgeschafft werden und protestieren wir weiter, klären auf, setzen uns ein für Menschen in Leid und Not, so wie wir es in der letzten Zeit immer wieder getan haben. Beim Wirtschaftsseminar, bei Friedenskundgebungen, im Einsatz für Flüchtlinge und in Büchel wo wir auch in diesem Jahr wieder gebetet, gefastet und protestiert haben für eine atomwaffenfreie Welt.

Dazu haben wir uns bei unserer Diözesanversammlung am 11. September mit

einem neu gewählten Vorstand wieder aufgestellt. Ich werde die nächsten 3 Jahre als Diözesanvorsitzender mein Engagement für pax christi fortsetzen. Mir zur Seite stehen als gewählte Mitglieder des Vorstandes Waltraud Andruet, Werner Schwarz, Joachim Willmann, Albert Ottenbreit, der in Zukunft den Rundbrief betreut, und Dominic Kloos, der weiter die Geschäfte führt. Den von uns auserwählten neuen Geistlichen Beirat wollte uns der Bischof leider nicht ernennen.

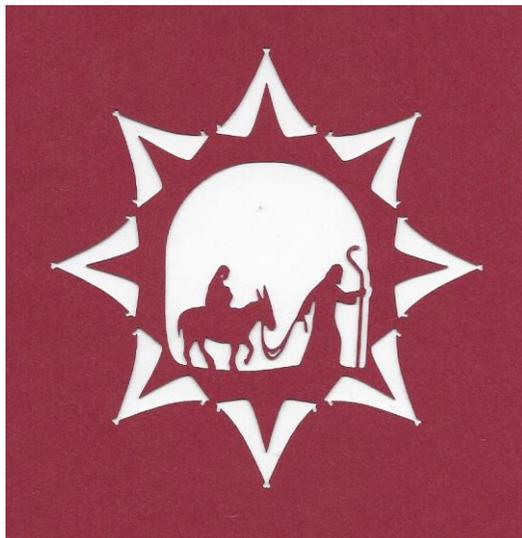
Nicht wieder dabei ist Albert Hohmann, dem für sein Jahrzehnte langes Engagement für pax christi unser großer Dank gebührt.

Hope Rauguth, Diözesanvorsitzender

Weihnachtlicher Zwischenruf 2021

Im Lukasevangelium vollzieht sich die Verkündigung der „Frohen Botschaft“, der Heilsbotschaft von der Geburt des Messias, dem Friedensfürst (Is 9) im Rahmen des römischen Weltreiches, das mit seiner Militärmacht unumschränkt herrschte und so Garant der pax Romana war. Römischer Friede bedeutete Friede durch Unterdrückung und Abschreckung, mit allen negativen Folgen wie Tributzahlungen, Steuern und Verelendung zahlreicher Bevölkerungsgruppen.

Wenn die Engel den Hirten zurufen: „*Herrlichkeit Gott: in den Höhen! Und auf Erden: Friede den Menschen seines Gefallens*“, geben sie das Kontrastprogramm zu diesem römischen Frieden an. (Lk 2,14)



Hier wird ausgesprochen, wem die Ehre gebührt: Nicht dem Kaiser Augustus, der in erhaltenen Schriften der Kaiser Augustus „der Heiland aller Menschen“ genannt wurde, sondern JHWH, dem Gott Israels. Was in der fernen Provinz mit der Geburt

Jesu geschieht, demaskiert den Absolutheitsanspruch des Kaisers und seiner Gewaltherrschaft.

Die Bücher der hebräischen Bibel sprechen durchaus von Gott JHWH, der in seiner Macht die Feinde und Unterdrücker mit Gewalt hinwegfegt. In Ex 15,3 heißt es: „Ein Kriegsheld ist unser Gott“. Aber sie macht auch den Lernprozess deutlich, den Israel in den Ereignissen seiner Geschichte über diesen Gott gemacht hat. Bei Jesaja ist schon vor dem Exil erkennbar, dass er nicht der Konkurrent irdischer Machthaber ist. Auch König Ahas wird aufgefordert, nicht auf Kriegsbündnisse zu setzen. Auch wenn der König nicht darauf eingehen will, kündigt Jesaja (7) ihm das Zeichen des Herrn an:

13 Darauf sprach [Jesaja]: Höre doch, Haus David! Ist es euch nicht genug, dass ihr Menschen ermüdet, müsst ihr auch meinen Gott ermüden? 14 Darum wird euch der Herr selbst ein Zeichen geben: Siehe, die Jungfrau wird schwanger werden und einen Sohn gebären und wird ihm den Namen Immanuel geben. 15 Dickmilch und Wildhonig wird er essen, bis er versteht, das Böse zu verwerfen und das Gute zu erwählen. 16 Denn ehe der Knabe versteht, das Böse zu verwerfen und das Gute zu erwählen, wird das Land, vor dessen beiden Königen dir graut, verlassen sein.“

Diese neue Perspektive, diese Hoffnung für Israel und die Völker eröffnet ebenfalls der bildhafte Text im Kapitel 2:

„1 Das Wort, das Jesaja, der Sohn des Amoz, über Juda und Jerusalem schaute: 2 Ja, es wird geschehen am Ende der Tage, da wird der Berg des Hauses des Herrn fest gegründet stehen an der Spitze der Berge, und er wird erhaben sein über alle Höhen, und alle Heiden werden zu ihm strömen. 3 Und viele Völker werden hingehen und sagen: »Kommt, lasst uns hinaufziehen zum Berg des Herrn, zum Haus des Gottes Jakobs, damit er uns belehre über seine Wege und wir auf seinen Pfaden wandeln!« Denn von Zion wird das Gesetz ausgehen und das Wort des Herrn von Jerusalem.

4 Und er wird Recht sprechen zwischen den Heiden und viele Völker zurechtweisen, so dass sie ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden werden und ihre Speere zu Rebmessern; kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“

Dieser Friede, Schalom meint also: Frieden, Gerechtigkeit, Glück, Gesundheit. In den Hoffnungsbildern vom Zion, wo das neue Zusammenleben in Gerechtigkeit ohne Zwang und Gewalt auch zum Anziehungspunkt für die anderen Völker wird, und dem durch die Herrschaftskritik geläutertem Messiasbild wird Schalom vorgezeichnet. Es herrscht Friede zwischen Mensch und Gott und den Menschen untereinander. Jesaja 32 beschreibt das mit den Worten:

16 Und das Recht wird sich in der Wüste niederlassen, und die Gerechtigkeit im Fruchtgarten wohnen; 17 und das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein, und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf ewig. 18 Und mein Volk wird in Wohnorten des Friedens wohnen, in sicheren Wohnungen und an sorglosen Ruheorten.

Die frohe Botschaft von Lukas trifft 2021 auf eine Welt, die wie schon in vielen Jahrhunderten zuvor von Machterhalt, Gewalt und Unterdrückung bestimmt ist. Mindestens drei Staaten erheben zurzeit den Anspruch, zumindest in dem von ihnen definierten Raum die Regeln des Zusammenlebens und des Friedens zu bestimmen. Als pax americana, pax chinensis und pax russica folgen sie einer Logik, die die Maßstäbe für den eigenen Machterhalt inklusive des Abschreckungspotentials ihrer Atomwaffen setzt und die Einteilung in „gut und böse“ vornimmt. Die EU sucht zwar nach einer eigenen Linie, agiert aber im Wesentlichen im Windschatten der USA, so kürzlich in einer Entschließung des gegenwärtig unter anderem offenbar, dass die USA hohe militärische Präsenz im südchinesischen Meer zeigen und zudem den neuen Pakt Aukus mit Großbritannien und Australien, das in diesem Rahmen auch atombestückte U-Boote erhält, geschlossen hat. Die Chinesen lassen immer neue Kampfflieger aufsteigen. Aber auch Gespräche und Vereinbarungen mit anderen Staaten dienen der Eindämmung des befürchteten chinesischen Machtzuwachses (QUADS). Letztendlich geht es um den Anspruch, das je eigene kapitalistische System gegenüber Konkurrenten durchzusetzen. Die Folgen weltweit sind horrend: neue Rekorde von Hungernden, die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen, neuerdings das Zurückhalten von Corona-Impfstoffen, die Unterdrückung, Missachtung internationaler Rechte usw.. Nichts von alledem ist geeignet, es Frieden zu nennen, auch wenn es Nutznießer gibt. Herrschafts-, Macht- und Unterdrückungsverhältnisse bestimmen das Leben der Menschen seit über zweitausend Jahren.

Nach wie vor herrscht der „Glaube“ vor, Macht müsse durch Gegenmacht, Gewalt durch Gegengewalt von ihrer Destruktivität befreit werden. Dieser „Glaube“ wird aufrechterhalten, obwohl die Erfolge ausbleiben, wie etwa die katastrophalen Ergebnisse in Afghanistan oder Syrien mehr als deutlich machen. Das Entscheidende an dieser Überzeugung ist, dass das Gewaltreservoir, dass man bekämpfen will, in der Auseinandersetzung selbst angeeignet wird. Bisherige Herrschaft wird nur durch neue ersetzt.

Wenn zur Zeit Jesu eine Reihe von jüdischen Gruppen, darauf gesetzt haben, der Messias werde die römische Besatzung gewaltsam vertreiben, weist dieser ein solches Ansinnen weit von sich. Sein Weg des Widerstehens ist gewaltlos und dennoch subversiv, wie es in dem Beispiel im Umgang mit dem römischen Soldaten sichtbar wird (Mt 5.41). Das Entscheidende ist aber, dass es im Reich Gottes um eine andere Beziehung der Menschen untereinander geht (Mt 5). Selbst dem Feind gilt die Zuwendung.

pax christi verdankt seine Entstehung französischen Christen und dem Bischof Theas. Dazu gibt es folgenden Bericht: „Es war der 14. Juli 1944: Bischof Pierre Marie Theas, damals Bischof der Diözese Montauban, später von Lourdes, hatte auf der Kanzel mutig gegen den Abtransport von Juden aus seiner Diözese

Stellung genommen. Deswegen hatten ihn die Deutschen verhaftet und schließlich in das Internierungslager in Compiègne eingeliefert. Gefangene der Widerstandsbewegung bitten ihn um einen Einkehrtag. Der Bischof wählt das Thema "Feindesliebe". Gilt sie auch für die Deutschen? Die Zuhörer, meist Offiziere, sind erbittert, sie sagen: "Wir sollen den Deutschen verzeihen, die Tag für Tag unsere Brüder zur Hinrichtung schleppen?" -"Mir haben sie vier Söhne erschossen, Monseigneur!" - "Es ist furchtbar, was Sie da sagen. Wenn das Evangelium solches fordert, ist es furchtbar (L 'Evangile c'est terrible)".

Bischof Theas entgegnet nur: "Ich kann euch nichts anderes verkünden als das, was der Herr gesagt hat: Liebet eure Feinde! Nicht mehr, nicht weniger."

Es war für die Teilnehmer schwer, am französischen Nationalfeiertag die Radikalität der christlichen Botschaft so zu vernehmen. Aus dem schweigenden Betroffensein sammeln sich der Bischof und seine Mitgefangenen zu einem "Vater unser", in dem der mutige Hirte die Bitte "Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern!" besonders nachdrücklich spricht. Am nächsten Tag feiert er die erste hl. Messe, die ihm die Deutschen gestatten, im Einverständnis mit den übrigen Gefangenen, für Deutschland.

Als die Häftlinge in ihrer Mehrzahl am folgenden Tag zum Transport in das Lager Buchenwald zusammengestellt werden, steigt die ganze mühsam bewältigte Bitterkeit wieder hoch: "Wo ist jetzt Ihr Gott, Monseigneur?" fragen die Enttäuschten. Bischof Theas fordert sie dennoch auf, mit einem Segenswunsch ihren Weg zu gehen, nicht mit einem Fluch. Auch die deutschen Mütter haben graue Haare aus Kummer um ihre Söhne; auch dort haben wir Freunde, gibt er ihnen zu bedenken.

Als neun Monate später einige Franzosen, die überlebt haben, vor den Bischof hintreten und ihn bitten, einen Kreuzzug zur Bekehrung Nazi-Deutschlands zu befürworten, da verweigert der Mutige seine Zustimmung: "Nein und nochmals nein! Unsere erste Tat nach dem Krieg sei keine Tat des Pharisäismus! Kreuzzug der Bekehrung, ja, aber dann zunächst für Frankreich!" Am 10. März 1945 unterschreiben dann französische Bischöfe den Aufruf zum "Gebets-Kreuzzug für den Frieden der Welt", der bald "Pax Christi" genannt wird.“

In einem Gefangenenlager in Frankreich wird 1944 die Friedensbotschaft des Weihnachtsevangeliums, der Schalom, der die Herrschaft Gottes ermöglicht, dieser neue Umgang der Menschen miteinander, wie sie Jesus aufgezeigt hat (Mt 5), präsent.

Wenn wir wiederum am „Heiligen Abend“ die Botschaft der Engel hören, dann ist das mehr als nur der Auftakt für ein Fest gemäß unserer Riten und Vorstellungen, sondern der Hinweis auf einen realen Durchbruch durch das „normale“ Weltgeschehen. Die Herrschaft Gottes und sein Schalom lassen sich nicht auf das Jenseits verschieben, sie können auch heute aufscheinen wie damals im Gefangenenlager.

Dank an Albert Hohmann

Lieber Albert,

wir wollen Dir heute auf diesem Weg
sehr herzlich **DANKE** sagen

für dein langjähriges Engagement
in der Pax Christi – Bewegung,
für all die Aufgaben,
die du übernommen hast,
für deine sehr hilfreichen und guten
theologischen und politischen Impulse,
für deine Besonnenheit und Gelassenheit
in schwierigen Situationen.



Wir denken an Dich und wünschen dir
auf deinem Weg der Stabilisierung und Genesung
alles Gute.

Ganz herzliche Grüße
– auch an deine Frau Elisabeth –
von den Mitgliedern der Diözesanversammlung in Cochem ...
und sicher auch im Namen vieler anderer aus der Pax Christi –
Bewegung – nicht nur im Bistum Trier.

Bleibt anzuschließen der Dank an Albert, auch für seine langjährige
Redaktions-, Koordinations- und Organisationstätigkeit
für unseren **Rundbrief**.

Und Albert ist weiter mit dabei – siehe seinen „Weihnachtlichen
Zwischenruf 2021“ auf den Seiten 5ff.
Wenn Albert wieder fit ist, werden wir ihn und sein Engagement
für pax christi in einem angemessenen Rahmen würdigen.

DANKE



Mitglieder der Diözesanversammlung 2021 beim Studienteil „Atomwaffen“

Neben dem Studienteil zum Thema „Atomwaffen“ (siehe Bericht Seite ...) beschäftigte sich die Diözesanversammlung mit weiteren wichtigen Themen:

Rechenschaftsbericht des Vorstands und Finanzen

Im Bericht des Vorstandes stellte Horst Peter Rauguth die durch Corona stark beeinträchtigten Aktivitäten des Vorstands dar.
Die anwesenden Mitglieder stimmten dem Bericht inhaltlich zu, es wurde festgestellt, dass es trotz Corona-Pandemie gelungen ist, an wichtigen Friedensthemen zu arbeiten.

Geschäftsführer Dominic Kloos berichtete über die finanzielle Lage: Da Pax christi trier ausschließlich ehrenamtlich tätig ist, ist die finanzielle Lage dank Mitgliedsbeiträgen und Bistumszuschuss solide.

Kassenprüfer Rudi Kemmer bestätigte eine ordnungsgemäße Kassen- und Geschäftsführung.

Daraufhin wurde der Vorstand für die Gesamtarbeit des Jahres 2020 entlastet.

Schwerpunkte für die nächsten Jahre



In einem einstimmigen Beschluss der Versammlung wurden inhaltliche und finanzielle Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Jahre von pax christi Trier gesetzt und die Unterstützung von Partnerorganisationen vereinbart, insbesondere:

- **Projekt-Fortsetzung**
„Kapitalismus verstehen und überwinden“ (siehe Seite ...)
- **Beteiligung an Kampagnen:**
- **Anti-Atomwaffen-Initiativen, insbesondere in Büchel**
- **Initiativen zum Thema „Flucht“** (Flüchtlingsräte, rechtliche Unterstützung)
- **FriedensNetz Saar / Ostermarsch Saar**
- **Reihe „Kunst trifft Krise“ im Atelier Andruet, Saarwellingen**
- **Unterstützung Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar**

- *bei Bedarf soll auch Geld für die Betreuung der Website und für Publikationen eingesetzt werden.*

Neuwahl des Diözesanvorstands

Die Diözesanversammlung hat am 11. September 2021 den **Diözesanvorstand** für drei Jahre neu gewählt: Horst Peter Rauguth, Joachim Willmann, Albert Ottenbreit, Waltraud Andruet, Werner Schwarz, Dominic Kloos.

Die Ämter der weiblichen Diözesanvorsitzenden und des Geistlichen Beirats sind vakant.



Der neu gewählte Diözesanvorstand (v.l.n.r.): Hope Rauguth, Joachim Willmann, Albert Ottenbreit, Waltraud Andruet, Werner Schwarz, Dominic Kloos

Hier die gewählten Vorstandsmitglieder mit ihren Funktionen und Kontaktdaten:

Vorsitzender

Horst Peter Rauguth, Kalkofenstraße 46a, 66125 Saarbrücken
Fon: 06897. 95 29 897, e-mail: hp.rauguth@paxchristi.de

Geschäftsführer

Dominic Kloos, c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstraße 9, 56073 Koblenz,
Fon: 0261. 899 26 284, e-mail: info@oekumenisches-netz.de

Weitere Mitglieder des Vorstands

Waltraud Andruet, Beim Kalkofen 8, 66793 Saarwellingen
Fon: 06838. 82220, e-mail: waltraud_andruet@t-online.de

Werner Schwarz, Auf der Träf 7, 54317 Korlingen
Fon: 06588. 7760, e-mail: wernerschwarz40@aol.com

Albert Ottenbreit, Riegelsberger Str. 25, 66113 Saarbrücken
Fon: 0681. 68 60 55 92, e-mail: albert.ottenbreit@web.de

Joachim Willmann, Belinger Straße 39, 54516 Wittlich
Fon: 06571. 3954, e-mail: jowillmann@aol.com

Aktivitäten von pax christi Saar zusammen mit dem FriedensNetz Saar

Trotz der Corona-Pandemie waren pax christi Saar im Jahr 2021 sehr aktiv für Frieden und Gerechtigkeit unterwegs, zum Beispiel bei Mahnwachen und Kundgebungen.

Ostermarsch 2021 in Saarbrücken



In rund 100 Städten fanden Ostermarsch-Aktionen statt, um Abrüstung und eine neue Friedenspolitik zu fordern. Dank der Hygienekonzepte und vielen kreativen Ideen, online wie offline, wurden die Ostermärsche trotz Corona erfolgreich gestaltet. Das Netzwerk Friedenskooperative zieht eine positive Bilanz der Ostermärsche 2021 trotz der schwierigen Umstände. Der Friedensbewegung ist es gelungen, dass der Protest in der Breite der Gesellschaft angekommen ist. Das FriedensNetz Saar rief am Ostersonntag 3. April 2021 gemeinsam mit vielen Organisationen zum Ostermarsch Saar auf: **Atomwaffenverbot durchsetzen - Abrüsten jetzt!**

Der fortgesetzte Aufrüstungskurs der Bundesregierung ist ein Skandal – gerade in Zeiten der Pandemie. Als Hauptredner sprach Raymond Becker, Friedens- a Solidaritätsplattform Lëtzebuerg (Luxemburg), Quattro Pax.

-13-

Nachdem im Jahr 2020 der Ostermarsch Saar wegen der Corona-Pandemie nur im Internet stattfinden konnte, waren wir froh, dass der diesjährige Ostermarsch als Mahnwache mit Abstand und Masken stattfinden konnte. Ordner und ein Hygiene-Beauftragter sorgten dafür, dass die AH Regeln eingehalten wurden. Gut 150 Friedensbewegte sind dem Aufruf gefolgt und haben den interessanten Redebeiträgen und den Musikbeiträgen gelauscht. Die Spenden die Eingesammelt worden sind den Künstlern zugutegekommen. Redebeiträge und Infos unter: www.friedensnetzsaar.com Waltraud Andruet

Corona – Krise

Zusammen mit dem Bündnis ZERO COVID Saarland gab es am 10. April in Saarbrücken eine Mahnwache „1000 Steine für 1000 Corona-Tote im Saarland“ und eine Kundgebung gemeinsam mit ConnAct Saar, Antifa Saar Projekt AK und Seebrücke Saar „Drei Wochen konsequenter Lockdown“:

Hier Auszüge aus dem Aufruf:

Die Corona-Pandemie hält unsere Gesellschaft weiter in Atem. Die Todesopfer im Saarland bewegen sich auf die 1000 zu, während unsere Landesregierung trotz massiver Kritik Lockerungen durchsetzen will. Schon jetzt sind die Beschäftigten auf den Intensivstationen am Ende ihrer Kräfte – auch im Saarland – und die Zahlen der Patienten steigen. Die Politik schwankt ständig strategielos zwischen Lockdown und Öffnungen. Wir wollen uns an eine dauerhafte „Corona-Normalität“ nicht gewöhnen - nicht bei uns, und auch nicht weltweit. Deshalb legen wir am 10.04.21 als Zeichen der Mahnung 1000 Steine vor die Europagalérie. Deshalb protestieren wir anschließend vor der Staatskanzlei. Wir stimmen überein mit dem Manifest hunderter Wissenschaftler/innen und der Initiative Zero Covid – Gemeinsam runter auf Null“ (www.zero-covid.org).

Waltraud Andruet

80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion

Am 19.Juni 2021 fand im Weltkulturerbe Völklinger Hütte ein Symposium zum 80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion statt. Vor 80 Jahren begann der Vernichtungskrieg des Hitler-Faschismus gegen die Menschen in der Sowjetunion. Die Nazis wollten die Bevölkerung teilweise ausrotten, der Rest sollte vertrieben werden und östlich des Ural in einem Satellitenstaat vegetieren. Leningrad und Moskau sollten von der Landkarte

- 14 -

getilgt werden – es ging um die Vernichtung einer Weltanschauung und um Eroberungen im Interesse des deutschen Kapitals. 13 Millionen sowjetische Soldaten starben in diesem Krieg. Von den mehr als 3 Millionen sowjetischen Soldaten, die die Wehrmacht im Sommer 1941 gefangen nahm, waren 2 Millionen im Februar 1942 tot. Es gibt in der modernen Geschichte keine vergleichbare Massentötung von Kriegsgefangenen. Insgesamt starben 27 Millionen Sowjetbürger als Opfer des deutschen Krieges zwischen 1941 und 1945, darunter waren 2,8 Millionen ermordete Menschen jüdischen Glaubens.



Allein aus der Sowjetunion verschleppten die deutschen Arbeitsverwaltungen mit Unterstützung der Wehrmacht innerhalb von 2 ½ Jahren 2,5 Millionen zumeist junge Männer und Frauen zur Zwangsarbeit ins Reichsgebiet. Sie mussten auch in den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken Sklavenarbeit verrichten. Heute ist von einer Erinnerungskultur zu diesem Völkermord in Deutschland wenig zu spüren. Im Gegenteil werden Ressentiments im Rahmen eines neuen Kalten Krieges geschürt. Statt einer gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft wird die militärische Aufrüstung vorangetrieben. Wir waren froh, dass Andreas Zumach eigens von Berlin angereist kam und sehr verständlich die politischen Zusammenhänge erklärte. Seine Argumentationslinien lassen sich in folgendem Video nachvollziehen auf: www.friedensnetzssaar.com. Vor dem Symposium haben wir an der Ausländer-Gedenkstätte am Waldfriedhof der Opfer dieses Verbrechens erinnert und einen Kranz niedergelegt. *Waltraud Andruet*

Kundgebung und Lesung zum Antikriegstag 2021 Abrüstung jetzt! FCAS stoppen! Atomwaffen verbieten!

Nie wieder Krieg – das ist die Grundforderung zum Antikriegstag. Angesichts der sich zuspitzenden Krisen und Katastrophen forderte die Friedensbewegung ein sofortiges Umsteuern zu Abrüstung und Entspannung.



Erstmals fand im Rahmen der Kundgebung des FriedensNetzes Saar zum Antikriegstag am 1. September auch eine Lesung statt. Aus „WENN DU GEREDET HÄTTEST, DESDEMONA“ – Christine Brückners „Ungehaltene Reden ungehaltener Frauen“ las Christine Münster-Domke „Du irrst, Lysistrate! Die Rede der Hetäre Megara an Lysistrate und die Frauen von Athen.“ Sprachlich virtuos, unterhaltend wie erhellend sind die 1983 entstandenen ungehaltenen Reden ungehaltener Frauen nach wie vor richtungsweisend für einen – zwar fiktiven, jedoch realistischen – Einspruch aus weiblicher Perspektive.

Krieg und Rüstung sind die größten Klimakiller – daran ändern auch Bergepanzer in Hochwassergebieten nichts. Es gilt, die Ursachen zu bekämpfen. Der deutsche Rüstungshaushalt steigt 2021 weiter auf skandalöse 46,93 Milliarden Euro. Bereits heute bestreitet die NATO nach SIPRI-Angaben 56% der weltweiten Rüstungsausgaben, China und Russland kommen zusammen auf 16%. Das bedeutet: Die NATO muss sofort alle neuen Rüstungsprojekte stoppen.

Die Forderungen:

- Atomwaffenverbot durchsetzen! Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags auch durch Deutschland! Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland! (Büchel/Eifel)
- Abrüsten statt Aufrüsten! Nein zur Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts! Schluss mit dem 100-Milliarden-Projekt Future Combat Air System (FCAS)
- Entspannung und Zusammenarbeit statt Säbelrasseln und Konfrontation! Rückkehr zum Völkerrecht!
- Waffenlieferungen stoppen! - Schluss mit Auslandsinterventionen der Bundeswehr!
- Keine Drohnenkriege! Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr!
- Auflösung der Air Base in Ramstein und aller anderen Militärbasen!
- Klimaschutz statt Kriegsvorbereitung, militärische Übungsflüge stoppen!
- Keine weitere Militarisierung der EU!
- Investitionen in Gesundheit, Umwelt, Bildung, Soziales und Kultur!
- Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen, Fluchtursachen bekämpfen!
- Schluss mit der Unterstützung von Angriffskriegen und diktatorischen Regimen!
- Umsetzung des Konzeptes „Sicherheit neu denken“!
www.sicherheitneudenken.de

Unterstützt wurde auch der Aufruf des DGB zum 1.09.2021, in dem es heißt:
„Es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen! Wir benötigen die Rüstungs-Milliarden dringend für andere Zwecke. Im Zuge der Corona-Krise haben sich die sozialen Ungleichheiten und die Verteilungskonflikte in unserem Land und weltweit verschärft. Auch jenseits der Auswirkungen der Pandemie zeigt sich, wie sehr wir auf einen starken und solidarischen Sozialstaat angewiesen sind, der über solide Finanzierungsgrundlagen verfügt.“

Geht doch! Pilgerweg für Klimagerechtigkeit in Püttlingen

Die diesjährige Bolivien-Partnerschaftswoche führt das Thema der Schöpfungsverantwortung als eine gemeinsame Herausforderung für die Kirchen in Trier, Hildesheim und Bolivien fort. Dabei ist die Herausforderung des Klimawandels ein besonderer Akzent – insbesondere Schritte, die die Gesellschaften in Bolivien und in Deutschland zur Erreichung der Klimaziele gehen.



Am **Freitag 1. Oktober** fand dazu eine Eucharistiefeier um 18.00 Uhr im Kloster Heilig Kreuz/Püttlingen statt. Anschließend sind wir einen Weg mit Stationen bis zur Kirche Liebfrauen in Püttlingen gepilgert. Einen Zwischenstopp gab es auch vor dem Haus von Erzbischof Josef Clemens Maurer. In dem Haus das nicht weit weg von seinem Elternhaus steht, wohnte er immer, wenn er nach Deutschland kam. Junge Volunteers aus Bolivien, die sich ein Jahr lang im sozialen Friedensdienst im Bistum Trier engagieren, begleiten den Weg mit ihren Erfahrungen und Lebenszeugnissen. Den Abschluss gab es in der Liebfrauenkirche. Herzlichen Dank an das Dekanat und Kaplan Michael Meyer, der das mit organisiert hatte. Am Sonntag, 2. Oktober fand eine Eucharistiefeier in Sankt Eligius, Völklingen mit Beteiligung der bolivianischen Volunteers, die in Saarbrücken, Koblenz und Trier ihren Einsatz haben, statt. Das ist gelebte Partnerschaft.
Waltraud Andruet

Atomwaffen sind Wahnsinn!

Atomwaffen sind tödlicher Wahnsinn!

pax christi Trier aktiv bei Menschenkette und Friedensgebet am Atomwaffenstandort Büchel / Eifel. Gesellschaftskritische und theologische Reflexion der Diözesanversammlung zum Thema „Atomwaffen“.

Büchel/Cochem, 5., 10. und 11. September 2021

Pax Christi, die internationale katholische Friedensbewegung, engagiert sich seit inzwischen acht Jahrzehnten weltweit für Gewaltfreiheit, Frieden und Versöhnung. Der Diözesanverband Trier von pax christi ist in diesem Sinne

seit vielen Jahren Teil der weltweiten Friedensbewegung gegen Geist, Logik und Praxis der atomaren Abschreckungsdoktrin. In Büchel/Eifel, Kreis Cochem-Zell, lagern - mitten im Bistum Trier - auf dem dortigen Fliegerhorst der Bundeswehr, die letzten zwanzig Atombomben auf deutschem Territorium. Diese Massenvernichtungswaffen sollen im „Ernstfall“ von Flugzeugen und Soldaten der Bundeswehr im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ des Natomitglieds Deutschland über Kriegszielen abgeworfen werden, „notfalls“ auch durch einen „Erstschlag“.



Am 5. September fand in Büchel eine „**Menschenkette gegen Atomwaffen**“ der deutsch-europäischen Friedensbewegung statt. Im Vorfeld der Bundestagswahlen forderten 800 Menschen in einer gewaltfreien Aktion, den Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland, den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und das Verbot aller Atomwaffen. Auch pax christi trier nahm an dieser Menschenkette teil.

Am 10. September traf sich pax christi trier zum monatlichen **Friedens-Gebet auf der Friedenswiese am Atomwaffenstandort**; gemeinsam mit FriedensfreundInnen aus der Umgebung und mit musikalischer Unterstützung durch Pastoralreferentin Veronika Rass vom lokalen katholischen Dekanat sangen, beteten und reflektierten 20 Frauen und Männer unter dem Leitwort „Gegen Geist, Logik und Praxis der atomaren Abschreckung! Weltweit! Atomwaffen abschaffen – jetzt!“

Die Diözesanversammlung von pax christi trier beschäftigte sich dann am 11. September in Cochem in ihrem **Studienteil mit dem Thema „Atomwaffen“**:

Das Phänomen „Atomwaffen“

Derzeit besitzen die weltweit neun Atommächte insgesamt etwa 13.430

Atomwaffen, davon ca. 4.440 einsetzbare atomare Sprengköpfe. Die USA alleine verfügen davon über 1750, Russland über 1570 einsetzbare Atomsprengköpfe (Quelle:SIPRI). Diese Massenvernichtungswaffen verfügen über ein Vielfaches der Spreng- und Vernichtungskraft der Bomben von Hiroshima und Nagasaki. Deutschland ist zwar nicht selbst Atommacht, aber über die sogenannte „nukleare Teilhabe“ innerhalb der NATO an der Drohung mit und dem möglichen Einsatz von Atombomben beteiligt. Am Bundeswehrstandort Büchel lagern 20 Atombomben der USA, die von 2000 Soldaten und 600 Zivilkräften bewacht werden; gleichzeitig verfügt die Bundeswehr über Trägerflugzeuge zum Transport und Abwurf dieser Sprengköpfe und übt dies auch vom Fliegerhorst Büchel aus.

Was steckt hinter dieser Konzeption von „Verteidigungspolitik“?

Es ist eine militärische Logik, die auf die Übermacht gegenüber einem vermeintlichen Gegner abzielt und menschliche Opfer sowie die Zerstörung von Lebensräumen, Kulturgütern sowie der Natur bewusst in Kauf nimmt. Sie geht letztlich von einer illusionären Vorstellung „gerechter“ Kriege zur Schaffung von Frieden aus. Die Geschichte hat bis heute immer wieder gezeigt, dass dieser Weg von Gewalt und Gegengewalt, von Aufrüstung und kriegerischen Auseinandersetzungen nicht zum Ziel führt, er muss deshalb beendet werden.

Gigantische Ressourcenvergeudung durch Militärausgaben und Klimakiller Krieg.

Schon jetzt beträgt der Rüstungsetat im deutschen Bundeshaushalt ca. 52 Milliarden €, er soll in der Zukunft bis auf 70 Milliarden € weiter wachsen, auch das ein irrationaler Wahnsinn und gleichzeitig eine ungeheuerliche Ressourcenvergeudung, angesichts dringend benötigter Finanzen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie für den dringendst notwendigen Klimaschutz. Wir brauchen den Ressourceneinsatz für gewaltfreie Konfliktlösungen, soziale Gerechtigkeit und eine naturverträgliche nachhaltige Zukunftsentwicklung. Zudem verursachen Kriege und deren Vorbereitungen gigantische Umweltzerstörungen und sind somit auch ein großer „Umwelt- und Klimakiller“, von Fluglärm und Ausstoß von Kohlendioxid durch übende Kampfjets bis zu irreparablen Umwelt- und Klimaschäden in den Kriegsgebieten selbst.

„Atombomben“ als extremstes Beispiel einer „kapitalistischen Ware“.

Wir leben in einer kapitalistisch geprägten globalisierten Welt, die uns längst und weiter dramatisch wachsend in katastrophale Krise/n unseres Planeten geführt hat. Im Kapitalismus werden Waren hergestellt, um aus Geld mehr Geld zu machen, koste es, was es wolle für Mensch und Natur. Diese Form zu wirtschaften, unterliegt einem Wachstumszwang, der mit Blick auf die Verwertung von Mensch und Natur offensichtlich an seine Grenzen gekommen ist. Die „kapitalistische Warenproduktion“ geht gleichzeitig mit einer Unterdrückung der Frauen einher, die auch heute noch zum Erhalt dieses Systems für den von der

Produktionssphäre entkoppelten Bereich der Reproduktion -Hauswirtschaft, Erziehung, Pflege- doppelt vergesellschaftet „zuständig“ und „notwendige Voraussetzung“ sind. „Diese Wirtschaft tötet“, so hat es Papst Franziskus in „Evangelii gaudium“ auf den Punkt gebracht.

Extremstes Beispiel dieser globalen Form einer völlig irrationalen patriarchalen Warenproduktion, sind Atombomben. Sie verdeutlichen den nekrophilen (todesgetriebenen) Charakter des lebensfeindlichen kapitalistischen Systems. Ja, auch mit der Herstellung von Atombomben kann man „aus Geld mehr Geld machen“, aber ihr einziger „Gebrauchswert“ ist die massenhafte Vernichtung von Menschen und der Natur und das ist in höchster Weise irrational, es ist Wahnsinn.

Vom „gerechten Krieg“ zum „gerechten Frieden“.

Aus christlicher Sicht geht es um eine Abkehr von der Logik und Praxis „gerechter Kriege“ zu einer radikalen Umkehr im Sinne eines „gerechten Friedens“.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen eindeutig: es gibt keine „gerechten Kriege“. Kriege lösen keine Konflikte, sie verschärfen sie und bringen gleichzeitig unendliches Leid, Zerstörung und Tod für Menschen und Natur. Sie hinterlassen zerfallene Staaten und befördern Terrorismus und Barbarei. 20 Jahre Krieg in Afghanistan sind das aktuellste Beispiel eines Kriegseinsatzes mit katastrophalen Folgen. „Nichts ist gut in Afghanistan“, dieser Satz von Bischöfin Margot Käßmann gilt auch heute noch.

Pax Christi setzt auf gewaltfreie Lösungen, auf politischen Dialog, auf Verhandlungen und Abrüstung sowie soziale Gerechtigkeit durch die Bekämpfung der Armut, nur so kann auf Dauer Sicherheit für die Menschen und Frieden mit der Natur gelingen. Und: Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung gehören zusammen, deshalb sind sie auch nur im Zusammenhang erreichbar. Dass dies eine komplexe, schwierige und permanente Aufgabe ist, ist klar, aber gerade deshalb müssen alle menschlichen und materiellen Ressourcen, unser Denken und Handeln, auf diesen Horizont ausgerichtet werden. Die Weltreligionen können und müssen dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Und die ChristInnen und Kirchen?

Die christlichen Kirchen haben lange die Abschreckung mit Atomwaffen als „Übergangslösung“ zu Abrüstung und Frieden geduldet.

Das ist vorbei, heute sind sich die Kirchen und die weltweite ökumenische Bewegung einig: weder die Abschreckung mit und schon gar nicht der Einsatz von Atomwaffen sind ethisch begründbar oder zu rechtfertigen.

So sagt Papst Franziskus: *„Eine Ethik und ein Recht, die auf der Drohung gegenseitiger Zerstörung - und möglicherweise der Vernichtung der ganzen Menschheit - beruhen, widersprechen dem Geist der Vereinten Nationen. Daher müssen wir uns für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen, indem wir den Nichtverbreitungsvertrag dem Buchstaben und dem Geist nach gänzlich zur Anwendung bringen“* (Botschaft an die UNO, 2017).

Und der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf, Präsident von Pax Christi Deutschland sagt: *„Gemeinsam machen wir uns stark dafür, dass auch Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beiträgt und damit einen Beitrag zu einer dauerhaften Friedensordnung leistet. Gemeinsam machen wir uns stark für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel. Die Idee der Sicherheit durch Abschreckung und die falschen Hoffnungen, die in die nukleare Teilhabe gesetzt werden, müssen endlich überwunden werden“* (Rede beim Tag der Kirchen in Büchel, 2020).

Nach der Bundestagswahl verhandeln nun die Parteien eine neue Regierungskoalition. Der Koalitionsvertrag und vor allem die politische Praxis der neuen Regierung und des neu gewählten Parlaments werden zu den großen Menschheitsthemen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kritisch zu begleiten sein. Die Zeit drängt!

Albert Ottenbreit

„Der atomare Todestrieb“

Gesellschaftskritischer Impuls zur Diözesanversammlung 2021.

In der kapitalistischen Gesellschaft, die unsere Welt prägt, geht es mittels der Verausgabung von Arbeit um die Produktion von Waren, um daraus mehr Kapital zu erwirtschaften. Mit der Arbeit ist die minderbewertete, in der Regel an Frauen delegierte Reproduktion Grundlage dieser Produktion und steht zugleich im Schatten der männlich konnotierten Produktion. Die natürlichen Grundlagen werden als reine Verbrauchsmasse angesehen, die dieser Gesellschaftsordnung und ihrem Wachstumstrieb zu dienen haben, koste es was es wolle.

Selbst in dieser zerstörerischen Gesellschaftsform, die die Geschehnisse in Wirtschaft und Politik sowie im sog. Alltag und damit bis hinein ins menschliche Innerste meist unbewusst bestimmt, scheinen Atomwaffen überhaupt keinen Sinn zu ergeben. Schließlich soll doch die Wirtschaft wachsen. Auch die Verteidigung des eigenen Territoriums oder die Drohung mit diesen Waffen gegen Gruppen, die diese Ordnung gefährden, scheint wenig sinnvoll. Dabei handelt es sich um Gruppen, die aus dem Zerfall des kapitalistischen Weltsystems samt seiner failed states entstanden sind und um die übrig gebliebenen Ressourcen kämpfen. Beim militärischen Kampf gegen diese Zerfallsprodukte hat der ‚Westen‘ – wie abzusehen und zuletzt vor allem in Afghanistan deutlich geworden ist – oft ‚den Kürzeren‘ gezogen. Abgesehen davon stößt ‚der Westen‘ bei solchen militärischen Interventionen, die darauf abzielen das System trotz seines Zerfalls funktionsfähig zu erhalten, auf die Grenzen seiner finanziellen Möglichkeiten. Dabei hinterlassen die ‚Einsätze‘ Zerstörungen, die kaum mehr rückgängig zu machen sind – im Falle

von atomaren Waffen wäre dies gänzlich unmöglich. Was nun lässt die Staaten, die zudem noch Gefahr laufen, dass die genannten Zerfallsprodukte an atomare Waffen gelangen können und die Situation noch unübersichtlicher und gefährlicher machen, an dieser menscheitsbedrohenden Waffe festhalten und sogar zur Modernisierung antreiben, wie es aktuell auch in Büchel geschieht?

Der Kapitalismus will wachsen um seiner selbst willen – diese Selbstbezüglichkeit des Kapitals ist aber gänzlich inhaltsleer: Ob Krankenhausbetten oder Bomben, Hauptsache es wird produziert und verkauft. Diese „metaphysische Leere der Wertform“ umschreibt der Gesellschaftstheoretiker Robert Kurz an Karl Marx anknüpfend als eine „auf sich selbst bezogene Form ohne eigenen Inhalt, die Selbstzweck-Form der Verwertungsbewegung von Geldkapital, das sich in die gleich-gültigen Dinge der Welt nur ‚entäußert‘, um [...] zu sich selbst zurückzukehren in einer paradoxen erweiterten Quantität von jenem ‚Nichts‘, von rein numerischem abstraktem Reichtum“ (Kurz 2003, Weltordnungskrieg, 427).

Nun gelingt in der Krise des Kapitalismus seit den 1970/80er Jahren diese ‚Entäußerungsbewegung‘ bzw. dieser ‚Darstellungszwang‘ in der realphysischen Welt immer schlechter: Immer mehr Ressourcen müssen verbraucht werden, immer mehr soziale Belange müssen zu Markte getragen werden. Nur die zunehmenden Finanzblasen halten die universelle, konkurrenzgetriebene Geldbewegung noch aufrecht. Mit den wachsenden Krisen, die nicht mehr Entwicklungskrisen innerhalb der kapitalistischen Form sind, sondern der Form als Ganzes, die an ihre eigenen Grenzen stößt, kommt die Leere der Form immer mehr zum Tragen.

Auf der Ebene des Subjekts, also der unter diese Gesellschaftsform unterworfenen Menschen, zeigt sich dies immer mehr in Amokläufen, Selbstmordattentaten oder Lebens-Müdigkeit von Menschen. Das, was die kapitalistische Form zusammenhält – Arbeit, Geld und Familie – zerbröckelt und treibt Menschen in die Barbarei. Eine Form, die mit ihrer Entstehung vor etwa 500 Jahren mit der Vernichtung von Menschen aus Produktionszwecken einher geht – abgesichert durch staatliche Waffengewalt –, tendiert in ihrer finalen Krise zur Selbst-Vernichtung. Hier zeigt sich die global gewordene Konkurrenz, die auch vor den Subjekten nicht Halt macht, die in Söldnerheeren, Jugendbanden, Mafia- und korrupten Politikzusammenhängen bis aufs Blut um geringer werdende Ressourcen kämpfen. Und auf der Ebene von Staaten verhält es sich nicht viel anders: „Je unhaltbarer und gefährlicher die Weltsituation wird, desto stärker tritt der militärische Aspekt in den Vordergrund und desto niedriger wird die Hemmschwelle, Hightech-Gewalt im großen Maßstab einzusetzen, ohne noch lange zu fragen“ (Kurz 2003, Weltordnungskrieg, 429).

Auch wenn die gigantomatische Verschuldung mit ihren ökonomischen Verwerfungen dazu führt, dass selbst der ehemalige Weltpolizist, die USA bzw. NATO, sich aus vielen Krisengebieten zurückzieht und sie gänzlich ihrem

systemisch bedingten, aber auch selbst mitverursachten Zerfall überlässt, scheint es noch eine Option des Einsatzes zu geben – die Atombombe. An ihr zeigt sich der „kapitalistische Todestrieb“ (R. Kurz) wohl am deutlichsten. Ihr Einsatz, der von der früheren Bush-Regierung Anfang der 2000er, aber auch von Russland und aktuell von Nordkorea in Betracht gezogen wird, käme einer Welt- und Selbst-Vernichtung der Menschheit gleich. Darin zeigt sich die dieser Gesellschaftsform immanente Irrationalität ihrer Produktion und Aufrechterhaltung auf Teufel komm raus sowie ihre inhaltliche Leere. Um Störenfriede wie ‚Schurkenstaaten‘, terroristische Zerfallsprodukte oder in Zukunft vielleicht auch für die Form überflüssige Menschen zu vernichten, wird ‚rational‘ über die irrationalste aller Waffen ‚nachgedacht‘: „Die Manifestation des Todestribs [...] erwächst unmittelbar aus dem binnenrationalen Kalkül selbst, das damit seine eigene Irrationalität ebenso unmittelbar ausdrückt. Oder anders gesagt: Systemische Rationalität und Irrationalität fallen eben unmittelbar zusammen“ (Kurz 2003, Weltordnungskrieg, 433). So repräsentiert die Atombombe die kapitalistischste aller Waffen und das dem Kapitalismus immanente „Potential zur Weltvernichtung“, denn sie kann den „Widerspruch zwischen metaphysischer Leere und ‚Darstellungszwang‘ des Werts in der sinnlichen Welt lösen“, indem sie die Welt ins Nichts und so in die Vernichtung bugsiert.

Kirchlich bliebe die unzweideutige Zurückweisung von Atombomben wie sie in „Pacem in terris“ sowie den letzten Verlautbarungen von „iustitia et pax“ formuliert ist. Die Götzen des Todes können nicht toleriert bleiben, wenn die befreienden und damit antifetischistischen Inhalte der jüdisch-christlichen Tradition, wie sie in den Büchern der Bibel überliefert sind, Gültigkeit haben sollen. Relativierende Hinweise wie im Wort der deutschen Bischöfe von 1983 (*Gerechtigkeit schafft Frieden*) auf die befristete Sinnhaftigkeit von Atomwaffen sind zu verneinen, die Frist hat ein Ende, sonst endet die Welt.

Dominic Kloos



→ download: www.oekumenisches-netz.de

- 24 -



KRAFTVOLLER WIDERSTAND



ZUR MITTE FINDEN
GEWALTFREI WIDERSTAND WAGEN
DEM LEBEN ZULIEBE
GEMEINSAM AUF(ER)STEHEN

WO BIST DU

Pierre Stutz - nach Psalm 10,1

Warum bist Du so fern und verbirgst Dich

in Zeiten der Not

und der Resignation

Jene, die sich abfinden mit der Ungerechtigkeit

haben es gut - sie schlafen sorglos

Mich überfallen Zweifel und Ohnmacht

auch ich habe genug mich einzusetzen

Keine neue Weltordnung in Sicht

alles bleibt beim Alten

investiert wird nur, um noch mehr Profit zu machen

Hinter verschlossenen Türen blüht ihr dreckiges Geschäft

mit der einen Hand

verkaufen sie Milchpulver für sterbende Kinder

mit der andern Waffen

um Arbeitsplätze zu erhalten

sie erhalten Orden der Menschlichkeit für ihre hinterlistigen Taten

Warum lassen wir das zu, wann durchschauen wir ihre Macht

wann wählen wir sie ab

damit Deine Gerechtigkeit durch uns sichtbar wird

mitten in dieser Welt

Bild auf der Vorseite: Christian Kondler, Text: Pierre Stutz.

Aus: Pierre Stutz: MEIN LEBEN KREIST UM DICH.

Mit den Psalmen die eigene Mitte finden, Kösel, 2009

Mehr Scheitern geht nicht: Afghanistan

20 Jahre Krieg der NATO in Afghanistan sind desaströs zu Ende gegangen. **Matin Baraki**, Politikwissenschaftler mit afghanischen Wurzeln, der uns bei der Einschätzung und Bewertung der Entwicklungen in Afghanistan seit vielen Jahren begleitet, äußert sich in dem folgenden Beitrag zum Afghanistan-Krieg und zur aktuellen Situation in seinem Heimatland.

Am 13. Oktober hat das Bundesverteidigungsministerium unter der noch amtierenden Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer den Bundesehreinsatz in Afghanistan mit einem „Großen Zapfenstreich“ beendet; ein letztes Element einer wahnwitzigen „Verteidigungspolitik“. Bleibt zu hoffen, dass nun eine gründliche und kritische Aufarbeitung erfolgen wird und entsprechende Konsequenzen aus der Katastrophe gezogen werden.

Taliban an die Macht

Die Taliban sitzen seit dem 15. August 2021 wieder im Präsidentenpalast der afghanischen Hauptstadt Kabul. „Der Krieg ist zu Ende“, verkündete unmittelbar danach der Taliban-Sprecher Sabihulla Mujahed. Der mit einem US-Paß ausgestattete US-Marionetten-Präsident Mohammad Aschraf Ghani ist mit seiner gesamten Entourage geflohen. Das aus Ameriko- und Euro-Afghanen in einer Koalition mit willfährigen Warlords bestehende durch und durch korrupte Marionetten-Regime hat kapituliert. Die 2001 von den USA und der NATO vertriebenen Taliban haben am Hindukusch wieder die Macht übernommen. Das ist die größte epochale Niederlage der US-Imperialmacht nach ihrem historischen Desaster im Jahre 1975 in Vietnam. Die letzten US-Soldaten haben in der Dunkelheit exakt um 23.59 Uhr Ortszeit am 30. August 2021 Kabul verlassen. Das ist auch eine Niederlage der aus NATO-Ländern bestehenden und selbsternannten „Internationalen Gemeinschaft“. Letztlich auch eine Niederlage für die politische und militärische Elite der BRD, die „Deutschland am Hindukusch verteidigen“ wollte. Als Ergebnis ihres Einsatzes und als Abschiedsgeschenk nach ihrer Nacht- und Nebelflucht haben die westlichen Mächte das afghanische Volk dem Taliban-Regime übergeben. Nun müssen die Afghanen damit leben.

ANA hat sich kampfflos ergeben

Seit dem 6. August, als die Taliban immer weiter vorgerückt waren, haben sich sowohl die Afghanische National Armee (ANA) als auch die neu gebildeten Volksmilizen zur Bekämpfung der Taliban zum größten Teil widerstandslos

ergeben. Die Soldaten der ANA, die angeblich von den NATO-Ländern gut ausgebildet und ausgerüstet worden waren, sahen nicht mehr ein, sich für ein Regime zu opfern, das vom Ausland eingesetzt und gesteuert wurde. Sie und auch die Offiziere der unteren und mittleren Ränge haben zum Teil bis zu sechs Monaten keinen Sold bekommen. Die seit 2014 jährlich 4,1 Milliarden US-Dollar, die für die Versorgung und Finanzierung der ANA aus dem Ausland nach Kabul geflossen sind, landeten in den Taschen der oberen Administratoren und Offiziere.

Neo-Taliban?

Die Taliban von heute sind nicht die Taliban von 1996 oder 2001. Damals wurden sie von den sogenannten Dorfmuftis (Geistliche) geführt. Ihre derzeitigen Führer sind Absolventen pakistanischer theologischer Hochschulen. Ihre Kinder, darunter auch ihre Töchter, haben dort studiert. Die Taliban beherrschen inzwischen nicht nur den militärischen Kampf und Strategie, sondern auch Diplomatie und Politik. Sie haben im Februar 2020 in der katarischen Hauptstadt Doha bei Verhandlungen die USA buchstäblich über den Tisch gezogen und diese vertraglich dazu verpflichtet, ihre Armee aus Afghanistan abzuziehen. Das war die besiegelte Kapitulation einer imperialen Supermacht. Nun wollen die Taliban das Land regieren. Sie wissen, daß das heutige Afghanistan nicht das Afghanistan von 1996 ist. Etwa 65 % der Bevölkerung sind jünger als zwanzig Jahre und von den Entwicklungen der letzten Jahre geprägt. Es ist eine neue Generation herangewachsen, gut informiert und zum Teil gebildet, die anders leben will. Dies werden die Taliban nolens volens berücksichtigen müssen, wenn sie mittel- bzw. gar langfristig am Hindukusch herrschen wollen. Die Signale diesbezüglich deuten darauf hin. Als sie am 8. August Kunduz eingenommen hatten, haben mir Frauen von dort mitgeteilt, daß man ihnen nichts angetan hätte. In Kabul, nach der Einnahme der Stadt am 15. August, kontrollierten sie die Autos, gaben den Fahrern einen Passierschein, wenn sie keine Waffen gefunden hatten und ließen sie dann weiterfahren. Die Geschäfte waren kurz danach teilweise wieder geöffnet worden. Die fliegenden Händler waren auf dem Basar zu sehen. Die Menschen, auch Frauen - verschleiert, teilweise unverschleiert, gingen einkaufen, ohne daß ihnen etwas passiert wäre, wie ich am 16. August direkt aus Kabul erfahren habe.

Hysterie am Kabuler Flughafen

Seit der Kapitulation der Kabuler Administration verließen Regierungs- und hohe Verwaltungsmitglieder sowie die Ameriko- und Euro-Afghanen das Land. Ebenso diejenigen, die Dollars besitzen. Am Kabuler Flughafen warteten tausende Menschen auf eine Möglichkeit, in einem US-Militärtransporter oder mit anderen Militärmaschinen das Land verlassen zu können. Dadurch wurde, unterstützt von den westlichen Medien, eine nie dagewesene Hysterie provoziert. Alte Frauen

sind aus entfernten Provinzen, zum Beispiel aus dem Westen Afghanistans an der Grenze zu Iran, nach Kabul gekommen. Alle westlichen Länder waren an der Aktion beteiligt. Allein die USA haben 123 000 Menschen mit riesigen Transportflugzeugen rausgeholt und sie beabsichtigen, noch Tausende weitere zu erreichen. Von den Briten wurden 15 000 und den Deutschen 5300 Menschen ausgeflogen, weitere 40 000 sollen noch hinzukommen. Diesbezüglich will die Bundesregierung mit den Taliban noch verhandeln. Schon bei der ersten Aktion nach Einnahme von Kabul sind 140 „Ortskräfte“, die als „Augen und Ohren“ (Spiegel, 2.11.2019) der Deutschen bezeichnet wurden, samt ihren Familien aus Kabul ausgeflogen worden. „Die Ortskräfte haben uns geholfen, die deutschen nationalen Interessen durchzusetzen. Das sind Menschen, die für uns gearbeitet haben“, hob der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff im Deutschlandfunk am 25. August hervor. Insgesamt 143 300 aus dem Lande geholte Bürger seien angeblich Ortskräfte, die mit den USA und anderen NATO-Besatzern zusammengearbeitet hätten. Es darf bezweifelt werden, daß die Besatzungsmächte so viele „Ortskräfte“ gehabt haben. In der Kolonialzeit nannte man solche Leute Kollaborateure. Obwohl der politische Leiter der Taliban in Katars Hauptstadt Doha vor der Einnahme Kabuls einer Regierungsdelegation aus Berlin versprochen hatte, daß sie für die Sicherheit der „deutschen Ortskräfte“ Sorge tragen werden, blieben die NATO-Länder bei ihrer Menschenraubaktion. Es ist völlig in Vergessenheit geraten, daß die Bombardierung der von den Taliban gekaperten Tanklastzüge am 4. September 2009 auf Befehl des deutschen Oberst Georg Klein, infolge dessen 174 Zivilisten buchstäblich zerfetzt wurden, auf den Informationen von den „Ortskräften“ basierte. Er hätte, wie seine Berater vorgeschlagen hatten, seine eigenen Kräfte oder eine Drohne hinschicken müssen, um sich ein tatsächliches Bild der Lage zu machen. Dieses Versäumnis entlastet Oberst Klein jedoch keineswegs. Die Taliban stoppten die Busse, mit denen die „Ortskräfte“ zum Flughafen gebracht wurden: „Ich weiß, daß Sie für ein anderes Land gearbeitet haben, sagte ein Talib. Er bat uns darum, im Lande zu bleiben. Sie trugen Waffen und sie waren nett“, berichtete ein Afghane dem Südasien-Korrespondenten der ARD, Peter Hornung am 28. August. „Aber ich wollte doch nicht bleiben. Dann stieg der Talib aus dem Bus aus und ließ uns weiterfahren.“ Die Taliban haben eine Erklärung veröffentlicht, daß sie diese Fachleute brauchen, sie sollen im Lande bleiben und beim Wiederaufbau helfen. Wer mit den ausländischen Feinden und Ungläubigen gearbeitet habe, solle dies nur bereuen. Das aber interessiert die westlichen Länder nicht. Sie rauben dem Land junge und gut ausgebildete Fachkräfte sowie Angehörige der gebildeten Mittelschicht. Also die tragenden Säulen einer Gesellschaft. Das ist ihre Rache an Afghanistan für ihre historische Niederlage. Und wer weiß, ob sie für alle Eventualitäten diese Kräfte als fünfte Kolonne in der Zukunft noch einmal brauchen können. Die Ameriko- und Euro-Afghanen, die seit 2001 in Afghanistan

herrschten, waren auch ehemalige Flüchtlinge aus den Jahren des Bürgerkriegs zwischen 1979 bis 1992. Der republikanischer US-Senator Lindsey Graham hat in einem BBC-Interview am 6. September einen erneuten Krieg der USA gegen Afghanistan nicht ausgeschlossen. Dann könnte man die „Ortskräfte“ wieder reaktivieren.

Frauenpolitik der Taliban

Die Taliban wollen zeigen, daß sie auch human handeln können. Am 28. August haben sie am Kabuler Flughafen an die Menschen, die seit Tagen auf einen Abflug warteten, Lebensmittel und Pampers für Kleinkinder verteilt. Sie wissen, daß es in Afghanistan immer noch ausgebildete Frauen gibt, die nicht Kollaborateurinnen waren, die das Land nicht verlassen haben oder von den NATO-Ländern nicht ausgeflogen werden konnten. Am 28. August gaben die Taliban eine Meldung heraus, in der sie alle Frauen, die im Gesundheitswesen tätig sind, aufforderten, zu ihrer Arbeit zu erscheinen, berichtete der Deutschlandfunk. Sie würden Mädchen und jungen Frauen erlauben, Schulen und Universitäten zu besuchen sowie arbeiten zu dürfen, jedoch unter Achtung der islamischen Regeln. Eine Koedukation lehnte der Minister für Hochschulwesen, Abdul Baqi Haqqani, als unislamisch ab. Am 11. September habe ich aus Kabul erfahren, daß die Grundschulen auch für Mädchen geöffnet worden sind.

Taliban wollen Zusammenarbeit

Schon vor der Einnahme Kabuls am 15. August haben Delegationen der Taliban in Moskau, Teheran und Peking Gespräche geführt. Sie ließen verlautbaren, daß von afghanischem Boden keine Gefahr für die Nachbarn ausgehen werde. Sie streben nach internationaler Anerkennung und allseitiger Zusammenarbeit, auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, um das Land wiederaufzubauen. Auch zur Bundesrepublik Deutschland wollen sie diplomatische Beziehungen. Taliban-Sprecher Sabihullah Mujahed äußerte am 5. September der Welt am Sonntag gegenüber, Deutschland sei willkommen. Dabei bezog er sich auf die seit über 100 Jahren traditionellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Taliban wünschen sich von der Bundesregierung und anderen Ländern finanzielle Unterstützung, humanitäre Hilfe und eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft. Die VR China will die Südroute ihrer „Seidenstraße“ durch Afghanistan ziehen. Pakistan, Iran und die russische Föderation haben ebenfalls Projekte in Wirtschaft und Infrastruktur im Focus. Sowohl die Taliban als auch die afghanischen Nachbarn haben großes Interesse an einem stabilen Afghanistan.

Fundis und Realos

Die Taliban sind keine homogene Organisation. Es gibt nicht die Taliban. Die Bewegung besteht zumindest in der Führungsebene aus Fundis und Realos. 30

Deren geistlicher Führer Mawlawi (Großmullah) Heibatullah Achundsada ist ein Fundi, während der Leiter des politischen Büros der Taliban in Katar und Verhandlungsführer bei den US-Abzugsgesprächen mit dem US-Vertreter Zalmi Khalilzad, Mullah Abdul Ghani Baradar, ein Realo ist. Da die Gespräche über eine breite Koalitionsregierung mit anderen Kräften, wie dem damaligen Präsidenten Hamid Karsei sowie dem Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah, zu keinem Ergebnis führten, haben die Taliban am 7. September ein „Übergangskabinett“ vorgestellt, „um die notwendigen Regierungsarbeiten durchführen zu können“ (dpa, 8.9.2021), so der Taliban-Sprecher Mujahed. **Mullah Mohammad Hassan (von westlichen Medien fälschlicherweise „Achund“ genannt)** wurde zum Interims-Regierungschef, zu seinem Stellvertreter Mullah Abdul Ghani Baradar ernannt. Der Ultra-Fundamentalist Sarajuddin Haqqani übernahm das Innenressort. Das Haqqani-Netzwerk wird von den USA als Terror-Gruppe eingestuft und steht auf der Most-Wanted-Liste des FBI. Die USA suchen Haqqani mit einem Kopfgeld von fünf Millionen US-Dollar. Obwohl der Vater von Haqqani, Jalalluddin Haqqani und Gründer des Haqqani-Netzwerks, ein Lieblingsfreiheitskämpfer des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan war und im Weißen Haus empfangen wurde, wurden der Sohn und seine Gruppe zu Terroristen erklärt. Der als versöhnlicher bekannte Amir Chan Motaki ist neuer Außenminister, er leitete bislang die Aussöhnungskommission der Taliban mit anderen politischen Gruppierungen. Darüber hinaus sind auch zwei Tadjiken und ein Usbeke ins Kabinett aufgenommen worden. Allerdings sind weder Frauen dort vertreten, noch gibt es ein Frauenministerium.

Wenn die Afghanen „Glück“ haben, werden sie ein islamisches Regime, wie in Iran, bekommen. Haben sie jedoch Pech, könnte ein Regime nach saudi-arabischem Muster entstehen.

Da nun die fremden Besatzer vertrieben sind, die korrupte Administration kapituliert hat, der selbsternannte „nationale Widerstand“ unter dem Grünschnabel Ahmad Masud und dem gestürzten Vizepräsidenten Amrullah Saleh in der Provinz Pandjsher besiegt ist, und damit der Krieg als beendet gilt, besteht die Hoffnung für friedliche Verhältnisse am Hindukusch. Das ist auch das Erste und das Wichtigste, was sich die absolute Mehrheit der Afghanen wünscht. Nach vierzig Jahren Bürgerkrieg und zwanzig Jahren NATO-Krieg sehnen sich die afghanischen Völker nur noch nach Frieden! Um diesen Wunsch Realität werden zu lassen, müssen die fünf Prinzipien des Völkerrechts auch und gerade jetzt am Hindukusch respektiert werden. Eines dieser Prinzipien lautet: „Keine Einmischung in innere Angelegenheiten des anderen.“ Afghanistan muß endlich zur Ruhe kommen, und die Völker dieses geschundenen Landes müssen über ihr Schicksal selbst bestimmen. Es wird kein demokratisches und fortschrittliches Afghanistan sein, aber das ist die Angelegenheit der Menschen am Hindukusch.

Kapitalismus verstehen und überwinden.

Gemeinsames Projekt mit KAB und Ökumenischem Netz



Im Jahr 2020 haben die Diözesanverbände Trier der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung und von pax christi gemeinsam mit dem Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar das auf längere Zeit angelegte Projekt „**Kapitalismus verstehen und überwinden. Versuch einer Vereinigung freier Menschen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung**“ begonnen. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten bisher lediglich Online-Seminare zum Thema „*Kapitalismus und Klimawandel*“ sowie die Buchveröffentlichung „... und weil der Mensch ein Mensch ist! *Gemeinsam unterwegs zu einer Gesellschaft freier und solidarischer Menschen?*“ verwirklicht werden.

Unser Projekt lädt alle die ein, die ihren **Alltag unterbrechen** wollen, um gemeinsam unsere kapitalistisch und patriarchal geprägte Gesellschaft besser zu verstehen und darüber nachzudenken, wie sie überwunden werden könnte. Aus unserer biblisch-theologischen Tradition heraus wollen wir dabei *Gott und*

Götzen unterscheiden. Wir hoffen, dass wir zusammen zu einem besseren Verständnis der sich immer mehr zuspitzenden komplexen gesellschaftlichen Krisensituationen gelangen, die sich in vielen Erscheinungen wie Armut und sozialer Spaltung, Flucht, rechtem Autoritarismus, Umweltzerstörungen usw. ausdrücken.

Darauf basierend möchten wir uns mit einer möglichen **Überwindung dieser Verhältnisse** beschäftigen – auch wenn diese zunächst nicht unmittelbar umsetzbar ist. Wir setzen uns mit vorhandenen ‚Alternativansätzen‘ (Gemeinwohlökonomie, Buen Vivir, Öko-Sozialismus usw.) ob ihres emanzipatorischen Potentials auseinander. Zudem möchten wir uns eingehender mit den zahlreichen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaftsformation befassen, die gerade menschliche Grundbedürfnisse betreffen (essen, trinken, wohnen, bekleiden, Sorgetätigkeiten).

Am Beispiel *Nahrungsmittel* kann deutlich werden, worum es geht: Aktuell wird – allerdings mit für Mensch, Tier und Umwelt teilweise verheerenden Auswirkungen – genug Nahrung für 12 Mrd. Menschen hergestellt, während real über 1 Mrd. von insgesamt über 7 Mrd. ErdbewohnerInnen täglich hungern. Das, was nicht verkauft werden kann, wird vernichtet. Eine entscheidende Frage wäre dann: Wie könnte unter menschlichen und umweltschonenden Bedingungen außerhalb der kapitalistisch-patriarchalen Formen – also ohne den Zwang, aus Geld mehr Geld zu machen und dabei Frauen strukturell zu benachteiligen – so produziert werden, dass alle Menschen gesund satt werden und ihre materielle und soziale Existenz gesichert wäre?

Mit dieser Art **Fragen**, die aus der Verneinung der Welt, wie sie ist, hervorgehen, wollen wir uns intensiv auseinandersetzen. So wollen wir die Expertise unserer Mitglieder und SympathisantInnen steigern und die eigenen Positionen schärfen. Zudem soll aber auch über die eigenen Organisationen hinaus eine größere Öffentlichkeit erreicht werden, um einen Raum für inhaltliche Diskussionen zu schaffen und damit eine dringend notwendige, qualifizierte Auseinandersetzung in Kirche/n und Gesellschaft zur Überwindung dieser zerstörerischen Gesellschaftsformation zu stärken.

Bei **Interesse** an Mitwirkung, Diskussion und Organisation von Veranstaltungen und Aktionen, sind alle Menschen guten Willens herzlich eingeladen:

Kontakt: Dominic Kloos, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus, Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz
Tel.: 0261 89926284, E-Mail: info@oekumenisches-netz.de

Internet: www.kab-trier.de www.trier.paxchristi.de www.oekumenisches-netz.de

Zur Fokussierung theologischer Reflexion – Ein Gegenimpuls in Zeiten unternehmerischer Kirche(n)

1. Die Kirchen und ihr Bekenntnis

Der Reformierte Weltbund und der Ökumenische Rat der Kirchen hatten Mitte der 1990er Jahre einen *Processus Confessionis*, einen Prozess des Bekennens, angestoßen. Das Glaubensbekenntnis der Kirchen sollte im Kontext der globalen Zerstörungsdynamik des Kapitalismus formuliert werden. Auch Papst Franziskus verbindet seine Auseinandersetzung mit den Überlebensproblemen der Menschheit mit nicht zu überhörender Kapitalismuskritik.

1.1 Auf dem Weg zu ‚unternehmerischen Kirchen‘

Das aber hat den ‚Alltag‘ der kirchlichen Praxis zumindest in Deutschland nicht erreicht. Hier drängt sich der Eindruck auf, dass die Kirchen mit sich selbst beschäftigt sind, mit Struktur- und Reformfragen, die ihnen institutionelles ‚Überleben‘ sichern, ‚Glaubwürdigkeit‘ wiederherstellen und neue Nachfrage von KundInnen besorgen sollen. Kurz gesagt: Sie wollen sich als ‚unternehmerische Kirchen‘ behaupten und damit ihren Verlust an Bedeutung kompensieren.

Dem darf ein Prozess des Bekennens des Glaubens angesichts der kapitalistischen Zerstörungsprozesse nicht im Wege stehen. Die Kirchen wollen schließlich die ‚Höhe der Zeit‘ erklimmen, um für KundInnen attraktiv zu sein. Das aber – so meinen viele – geht nicht mit der Miefigkeit einer nörgelnden antikapitalistischen Positionierung, sondern nur mit einer Kirche, die im Kapitalismus angekommen und sich kulturell auf der Höhe dessen bewegt, was die – inzwischen abstürzende – Postmoderne als Orientierung vorgibt:

- die Orientierung an den Einzelnen, an ihren Bedürfnissen und Befindlichkeiten ohne umständlich und viel zu theoretisch auf deren gesellschaftliche Vermittlung zu reflektieren,
- die lustvolle Bejahung kultureller Vielfalt ohne aus der Mode gekommene und irritierende politisch-ökonomische Reflexion, die erkennen ließe, dass sich hinter kultureller Buntheit kapitalistische Uniformierung und Einfalt verbergen,
- die Esoterisierung von Pastoral und Verkündigung zwecks Konkurrenzfähigkeit auf den bunt blühenden esoterischen Spiritualitäts-,

Ratgeber- und Therapiemärkten einhergehend mit Gottesdiensten, die sich als Event- und Erlebnisangebote inszenieren. Das alles soll vom Leistungs-, Optimierungs- und Selbstbehauptungsstress entlasten, Abstiegsängste lindern und im Fall des Absturzes helfen, wieder neu zu beginnen.

1.2 Das Bekenntnis stört

Ein Bekenntnis, wie es Rahmen des Processus Confessionis angedacht war, stört dabei. Es droht die gesuchte Kundschaft, die ja unmittelbar erreicht, sprich da abgeholt werden soll, wo sie in postmoderner Individualisierung steht, zu vergraulen und so das Interesse institutioneller Selbstbehauptung zu konterkarieren. Wieder einmal geht es um Macht und kirchliche Institution – diesmal nicht als in sich geschlossenes kirchliches Machtsystem oder an der Seite politischer Herrschaft, sondern als offene Kirche für den Markt – offen für die Nachfrage nach religiös Tiefsinnigem, nach therapeutisch Entlastendem und unterhaltsam Entspannendem.

Nicht dass die Kirchen auf der ‚Höhe der Zeit‘ sein wollen, ist zu kritisieren, sondern dass sie es blind, angepasst und selbstbezüglich versuchen. Nicht dass die Kirchen Menschen erreichen wollen ist falsch, sondern dass sie es dumpf und reflexionslos wollen und dabei wahrscheinlich nicht einmal merken, dass sie dabei nicht Menschen dienen, sondern analog zu Zeiten unseliger Mission Menschen rekrutieren diesmal nicht für ein Bekenntnis, sondern als Kunden und Kundinnen.

2. Was bestimmt die ‚Höhe der Zeit‘?

Wenn das Bekenntnis des Glaubens und die ‚Höhe der Zeit‘ kritisch korrelieren, also kritisch aufeinander bezogen werden sollen, ist die Zeit von dem her zu bestimmen, worunter Menschen leiden. Die ‚Zeit‘ des Kapitalismus, als Geschichte und aktueller Krise, treibt immer neue Höhepunkte des Leidens und der Katastrophen hervor. Mit dem Rücken dazu lässt sich kein Glaube bekennen. Es gibt keinen ‚reinen‘ von geschichtlichen Kontexten freien Glauben. Er ist immer durch einen ‚Zeitvermerk‘ gekennzeichnet, der sich auf die jeweilige geschichtliche Konstellation wie auch auf die Zeit der Geschichte als ganzer bezieht.

Nicht alles am Glauben ist zu ‚jeder Zeit‘ wichtig. Thomas von Aquin hat angemerkt, bestimmte Leute seien der Meinung, „es komme für die Wahrheit des Glaubens nicht darauf an, was man über die Geschöpfe meine, wenn man nur im Bezug auf Gott die richtige Meinung habe“. Aber – so Thomas – „der Irrtum über die Geschöpfe geht über in eine falsche Meinung von Gott“¹. Eine falsche Korrelation von Gott und Geschichte, von Gott und Zeit – so wäre Thomas heute

weiter zu führen – lässt den Inhalt des Glaubens nicht unberührt. Die Erkenntnis Gottes ist auf die Erkenntnis zeitlicher gesellschaftlicher Verhältnisse angewiesen. Das verbindet das Bekenntnis des Glaubens heute mit gesellschaftskritischer Reflexion im Blick auf die kapitalistischen Verhältnisse. Diese Korrelation rückt bestimmte Aspekte des Glaubens in den Vordergrund, während andere in den Hintergrund treten.

3. Was in den Vordergrund treten müsste...

Johann Baptist Metz versteht Theologie als Frage nach Gott angesichts der menschlichen Leidens- und Katastrophengeschichte, für die vor allem der Name Auschwitz steht. Die Rede von der Geschichte als Katastrophe knüpft an Walter Benjamin an. Bei ihm steht der Begriff der Geschichte als Katastrophe gegen das Selbstverständnis der Aufklärung, in deren Rahmen Geschichte evolutiv als Fortschrittsgeschichte verstanden wird. Letzteres – so Benjamin – ist aber die Sichtweise der Sieger. In ihr werden die Opfer des Fortschritts als Kollateralschäden ignoriert oder als Preis des Fortschritts in Kauf genommen. Die Geschichte des Fortschritts ist nicht die Geschichte ‚im Allgemeinen‘, sondern die ‚besondere‘ Geschichte des Kapitalismus.

Sie hat heute mit dem nicht mehr zu kompensierenden Schwinden von Arbeit als Substanz für die Akkumulation des Kapitals eine innere Grenze erreicht, die immanent nicht mehr überwunden werden kann. Die ersten Opfer der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus sind immer noch die Armen. Zugleich aber droht sie die Grundlagen allen Lebens zu zerstören. Dabei verliert auch das vermeintlich handlungsfähige und seiner selbst bewusste Subjekt mehr und mehr seine Basis und wird mit ihr in Ausweglosigkeiten gerissen, in denen sich Abgründe auftun.

Vor dieser Situation weder in Leugnen noch in esoterische oder theologische Heilsgewissheiten zu fliehen, sondern ihr standzuhalten, wäre die zentrale Herausforderung für theologische Reflexion, die sich auf ihr Zentrum – die Frage nach Gott – zurückführen lassen müsste. Diese Frage müsste statt im Rahmen griechischer Ontologie als Frage nach einem ‚höchsten Wesen‘ oder als tiefenpsychologische Frage nach heilenden Ursprüngen in den Tiefen der Seele, im Zusammenhang biblischer Erinnerung reflektiert werden. In dieser Erinnerung ist die Frage nach Gott so mit Leidens- und Katastrophenerfahrungen von Menschen verbunden, dass es blasphemisch wird, mit dem Rücken zu geschichtlichem Leid und zu geschichtlichen Katastrophen von Gott zu reden und nach Rettung zu suchen. Die Frage nach Gott artikuliert sich angesichts dessen, was Menschen in der Geschichte erleiden.

In der aktuellen Situation des Krisenkapitalismus müssten als Aspekte in den Vordergrund treten:

3.1 Fetischismuskritik versus Ethik

Der Kapitalismus hat sich als abstrakte Herrschaft konstituiert. Sie bildet einen gesellschaftlichen Zusammenhang, in den das Handeln von wirtschaftlichen und politischen Akteuren eingebunden ist. Mit der Krise des Kapitalismus verschärft sich die Konkurrenz. Damit schwinden die Handlungsspielräume der Akteure. Theologisch wäre zur Kenntnis zu nehmen, dass die prophetische Kritik, sofern sie sich auf das Handeln der sog. ‚Mächtigen‘ und auf das Handeln Einzelner bezieht, ebenso ins Leere geht wie positive ethische Forderungen nach Gerechtigkeit. Kritisiert und gefordert wird etwas, das im Rahmen der sich krisenhaft zuspitzenden abstrakten Herrschaft auf Alternativlosigkeiten stößt. Kapitalismuskritik muss sich vor allem als Kritik von Fetischverhältnissen also als Kritik der Unterwerfung des Ganzen der Verhältnisse unter den abstrakten und vernichtenden Selbstzweck der Vermehrung von Geld ebenso wie als Kritik der Abspaltung und Inferiorisierung der Reproduktion zur Geltung bringen. Erst in diesem Rahmen wäre nach dem Handeln von Bewegungen oder auch Einzelner und seiner Orientierung zu fragen.

Theologisch wäre dabei anzuknüpfen an die biblische und befreiungstheologische Unterscheidung zwischen Gott und Götzen, dem Gott der Befreiung und der Fetischisierung von Wert und Abspaltung. Dann geht es nicht mehr einfach um die metaphysische oder auch existenzialistische Unterscheidung zwischen Sein und Nicht-Sein, Sinn und Unsinn, sondern vor allem um die gesellschaftliche Unterscheidung zwischen Tod und Leben, zwischen Unterwerfung unter tödliche gesellschaftliche Herrschaft und Befreiung von dieser Herrschaft.

3.2 Apokalyptik versus Reich Gottes als abstraktem Ideal

Apokalyptik hat in der Theologie keinen guten Ruf – schon gar nicht in postmodernen Varianten, in denen die neue politische Theologie zur „kritischen politischen Ethik“ weiterentwickelt werden soll. Dabei müsse sie sich „von einer apokalyptischen Theologie der Endzeit trennen und auf eine *transformative* Politik *in* der Geschichte bestehen“². Hier wird geflissentlich übersehen, dass biblische Apokalyptik sich nicht auf Endzeit reduzieren lässt, sondern ihren Ort „in der Geschichte“ hat – und zwar als Kritik geschichtlicher Herrschaft –, sei es die Kritik der Herrschaft der Griechen im Ersten oder der Roms im Zweiten Testament. Sie speist sich aus der unerträglichen Akkumulation des Leidens unter Herrschaft und schreit nach dem Ende dieser Herrschaft in der Geschichte. Angesichts der Leidens- und Katastrophenerfahrungen darf es nicht mehr so weitergehen.

Befreiung ist nur noch als radikaler Bruch mit den Herrschaftsverhältnissen denkbar. Da gibt es nichts mehr zu ‚transformieren‘.

Wer heute theologisch den Bruch mit dem Kapitalismus vermeiden will, kann es sich in der Ethik gemütlich machen und ‚bis zum Ende‘ über Transformationen rasonieren. Das reale Scheitern angesichts der sich zuspitzenden Katastrophen muss dann nicht weiter irritieren, ist doch der Prozess der Transformation einer, der immer wieder neu nach einer Vermittlung mit der Normalität kapitalistischer Verhältnissen sucht – ohne diese in ihren kategorialen Formen anzutasten. In diesen Prozessen schlechter bzw. falscher Unendlichkeit kann sogar noch das um jede Apokalyptik bereinigte Ideal des Reiches Gottes untergebracht werden. Dieses Ideal ist ja nie erreicht, wird aber in einem asymptotischen Prozess immer wieder neu angestrebt. So lassen sich die angesichts der sich zuspitzenden Katastrophen immer dringlichere Kritik an der abstrakten Herrschaft des Kapitalismus und die Notwendigkeit des kategorialen Bruchs gut ausblenden – bis die vernichtenden Realitäten der Katastrophen ethische und idealistische Illusionen dann widerlegen, wenn es zu spät ist.

Mit diesen Zuspitzungen ist nicht dem Abschied vom Reich Gottes das Wort geredet, sondern dafür plädiert, es im Zusammenhang der Apokalyptik zu verstehen – nicht zuletzt um dessen abstrakter Idealisierung zu entgehen. Das entspricht ebenso biblischen Traditionen wie Jon Sobrinos Unterscheidung zwischen geschichtlichen Anti-Reichen des Todes und der Widerständigkeit des Reiches Gottes, das nicht in Transformationsprozessen idealistisch angestrebt, sondern in Widerspruch und Widerstand gegen zu begreifende geschichtliche Herrschaftsverhältnisse zur Geltung gebracht werden muss.

3.3 Gott als Befristung der Zeit, aber auch von Herrschaft in der Zeit

Im Zusammenhang mit der biblischen Apokalyptik hat J.B. Metz darauf aufmerksam gemacht, dass die Rede von Gott als dem Schöpfer impliziert, dass er der Zeit ein Ende setzt und sie damit befristet. In den biblischen Texten geht es jedoch nicht allein um eine eschatologische Befristung der Zeit ohne Blick auf die Frage nach dem Ende von Herrschaft in der Zeit, also in der Geschichte. In der biblischen Apokalyptik artikulieren sich zugleich der Schrei und die Hoffnung auf ein Ende der aktuellen Herrschaftsgeschichte. Das Ende von Herrschaft in der Zeit wäre also mit dem Ende der Herrschaft der Zeit zusammen zu denken. Auf die Herrschaft des Kapitalismus hin formuliert: Widerstand gegen den Kapitalismus und Hoffnung auf seine Überwindung in der Zeit sind zusammen zu denken mit der Hoffnung auf das Ende der Zeit und so mit der Hoffnung auch auf Rettung für die Opfer vergangener geschichtlicher Herrschaftssysteme, auf die Befreiung von allem Leid und jedem Tod wie sie in der Offenbarung des Johannes im Bild des neuen Himmels und der neuen Erde zum Ausdruck kommt. – 38 -

4. Ein kurzes Fazit: Einspruch gegen geschlossene Immanenz und ‚doppeltes Transzendieren‘

In den genannten Akzentuierungen artikuliert sich die Rede von Gott als Einspruch gegen ‚geschlossene Immanenz‘. Sie stellt Systeme der Herrschaft unter den Vorbehalt ihrer Überwindung. Insofern beinhaltet die apokalyptisch verwurzelte Hoffnung auf die Auferweckung der Toten die Öffnung der Gräber geschlossener Immanenz, in die Menschen eingeschlossen sind, heute in die geschlossene Immanenz abstrakter kapitalistischer Herrschaft. Wie das Kapital sich in seiner Akkumulation nur auf sich selbst beziehen kann, werden in der Krise des Kapitalismus auch die Individuen mehr und mehr auf sich selbst zurückgeworfen. Sie sollen sich ‚eigenverantwortlich‘ der abstrakten und in der Krise einbrechenden Herrschaft des Kapitalismus unterwerfen und sich als ‚unternehmerisches Selbst‘ optimieren und krisentauglich machen.

Einspruch anzumelden ist zugleich gegen die geschlossene Immanenz der Geschichte als Ganzer. In ihr wird Zeit zur ‚ewigen Wiederkehr‘ des Gleichen, zur Herrschaft einer zeitlosen, endlosen sowie verheißungslos leeren und überraschungsfreien Zeit³. Das „Immergleiche“ – so hat Adorno angemerkt – ist „mythisch“. Es hat sich „zur formalen Denkgesetzlichkeit verdünnt“⁴. Erkenntnis aber will Inhalt. Er entzündet sich negativ, an dem, was Menschen in ihrer materiellen und somatischen Existenz zu erleiden haben. In diesem Sinn reicht Denken ans „Nichtseiende“ heran und dient ihm. „Allein erst äußerste Ferne wäre die Nähe“⁵.

Das hat Konsequenzen auch für theologische Erkenntnis. Nicht Gott, der immer schon da und nahe und darin immer schon ‚gewusst‘ ist, ist ‚Gegenstand‘ der Erinnerung und theologischen Nachdenkens, sondern Gott, der als ferner Gott vermisst wird und an den sich aus der Negativität des Leidens der apokalyptische Schrei nach Rettung richtet. Er ist mit Inhalten verbunden, die im Widerspruch zu geschlossener Immanenz geschichtliche Herrschaft ebenso transzendieren wie die unter der Herrschaft der Zeit geschlossene Geschichte als Ganze. Auch die Geschichte als Ganze kann bei Gott kein geschlossenes Grab bleiben. Wenn wahr werden soll, was wir unter dem Namen Gottes erinnern und vermissen, kann er auch die Leiden der Vergangenheit nicht auf sich beruhen lassen. Mit der Inhaltlichkeit seines Namens verbindet sich die Hoffnung, dass sein ‚letztes‘ Wort der Befreiung auch die geschlossenen Gräber der Toten öffnet und sie einbezogen sind in die widerständige Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde. Mit dem Namen Gottes eröffnet sich so ein doppelter Weg des Transzendierens, also des Überschreitens von Grenzen. Überschritten werden die Grenzen von Herrschaftssystemen in der Geschichte wie die der Geschichte als Ganzer. Dieses gleichsam doppelte Transzendieren ist so miteinander verbunden, dass die Hoffnung auf das endgültige Überschreiten der Grenzen der Geschichte und des

Todes nicht ‚zu denken‘ ist ohne das Überschreiten tödlicher Grenzen in der Geschichte.

5. Kirche als Ort eines ‚subversiven Gedächtnisses‘ der Befreiung

Die befreiende Rede von Gott und die Kraft ihrer Widerständigkeit verdanken wir nicht uns selbst, auch nicht der Kraft theoretischer Reflexion. Wir verdanken sie der Menschheits- und Religionsgeschichte, in der sie sich artikuliert. Die jüdisch-christliche Überlieferung, in der die Frage nach Gott sich im Leben seines Messias, seinem gewaltsamen Tod und seiner Auferweckung durch Gott buchstabiert, haben wir im Raum der Kirche in Empfang genommen: in der Überlieferung biblischer Erinnerung, in Gebet und Liturgie und dann auch im kritischen theologischen Nachdenken. So sehr sich die Kirche auch in der Geschichte mit Herrschaft korrumpiert hat und sich in der Gegenwart kapitalismuskonform als ‚unternehmerische Kirche‘ korrumpiert, verdanken wir das ‚subversive Gedächtnis‘ der Befreiung ihrer Überlieferung. Wenn dieses Gedächtnis lebendig bleiben und es seinen Ausdruck im Bekennen finden soll, muss es verwurzelt bleiben im Hören des Wortes, in Gebet und Gottesdienst, vor allem in der Feier von Abendmahl und Eucharistie. Im Bund mit dem Messias aus Israel begegnet uns hier Gottes Bund mit Israel und darin mit der nach Befreiung schreienden Menschheit.

Herbert Böttcher

1Summa contra gentiles, III.

2Hille Haker, Von der Neuen Politischen Theologie zur Kritischen politischen Ethik, in: Concilium 2020, Heft 3, 56. Jahrgang, 276 – 285, 280.

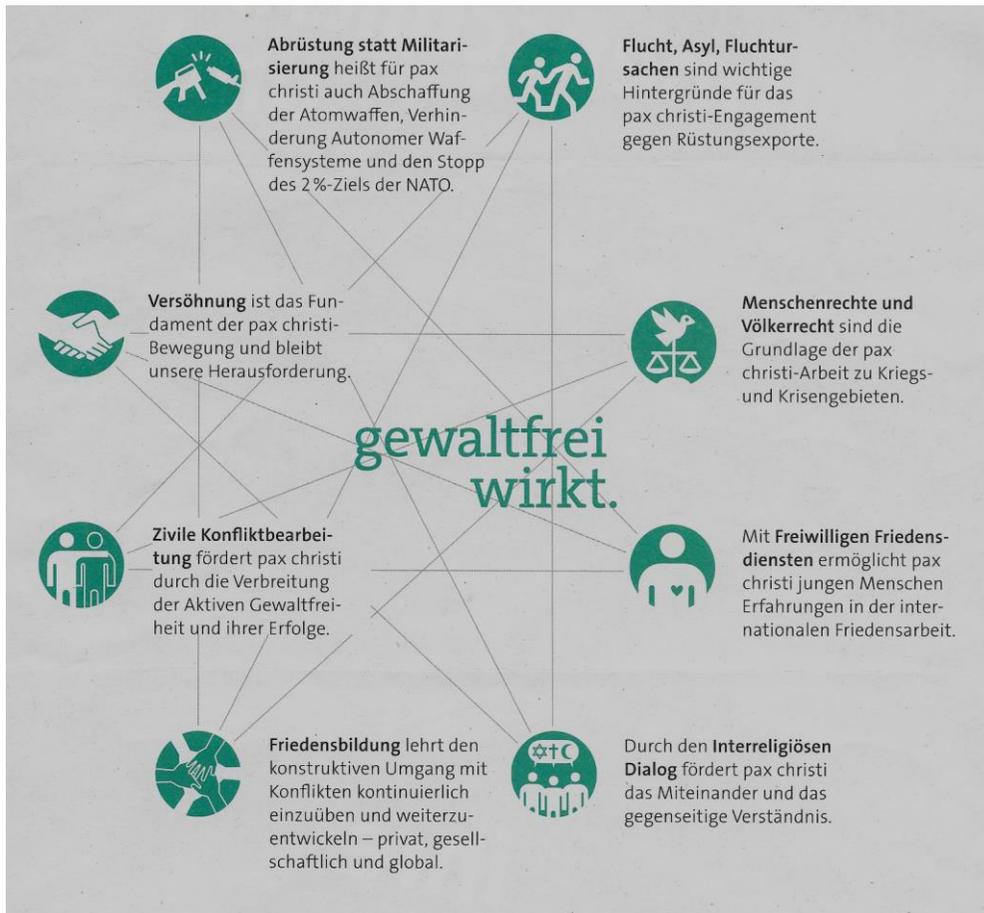
3Vgl. JBMGS 5, 71.

4Adorno, Negative Dialektik, 66.

5Ebd, 66.



Gewaltfrei wirkt



Gewaltfrei wirkt

Termine 2022

- | | |
|------------------------------|--|
| 16. April | Ostermarsch Saar, Saarbrücken. |
| 21. Mai | Diözesanversammlung pax christi trier |
| 25. Juni | Tag der Kirchen gegen Atomwaffen, Büchel |
| 6. / 9. August | Hiroshima- / Nagasaki – Gedenktage |
| 31. August –
8. September | * 11. Vollversammlung des ÖRK und „casa comun“ in Karlsruhe mit Beteiligung von pax christi und KAB Trier sowie Ökum. Netz Rhein-Mosel-Saar |
| 1. September | Antikriegstag |
| November | Ökumenische Friedensdekade |

* **zur 11. Vollversammlung des ÖRK und „casa comun 2022“ in Karlsruhe:**

Im Jahr 2022 findet ein besonderes ökumenisches Welt-Ereignis ganz in unserer Nähe statt: die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen / ÖRK. Erstmals in seiner Geschichte trifft sich der ÖRK nächstes Jahr – vom 31. August bis zum 8. September 2022 – in Deutschland, nämlich Karlsruhe.

Eine gute Möglichkeit für uns, einmal aus der Nähe globale ökumenische Luft zu schnuppern. Das Leitwort der ÖRK-VV lautet: Christi Liebe bewegt, versöhnt und eint“.

Der ÖRK hat viele wegweisende ökumenische Initiativen auf den Weg gebracht, so zum Beispiel im Jahr 1983 in Vancouver den „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.“

Parallal zur offiziellen VV findet im Stadtkloster Karlsruhe die „casa comun 2022“ statt, ein Projekt einer Ökumenischen Vernetzungsinitiative (www.casa-comun-2022.de).

Mit unserem Projekt „Kapitalismus verstehen und überwinden“ wollen wir in Karlsruhe aktiv dabei sein. Mehr Information im nächsten

Rundbrief oder bei Albert Ottenbreit / Diözesanvorstand.



Menschenkette gegen Atomwaffen und Friedensgebet in Büchel.

